

Vossische



Weltanschauung

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Leitungsblatt“, Finanz- und Handelsblatt.“ — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder“ und „Literarische Umschau“ — Mittwoch: „Reise und Wanderung“ — Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wöchentlich 1.— Mark, monatlich 4.20 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Anfall der Lieferung wegen höherer Gewalt kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile 30 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein, Chefredaktion: Georg Bernhard, Vorstand: Direktorin von A. Handolstein, Carl Meisch, Berlin. Telephon: 2401-2404. Telegramm-Adressen: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 666.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Postfach-Zentrale Ullstein, Amt Dönhofs (A 7) 3000-3263 für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3001-3004. Telegramm-Adressen: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 666.

Der Schiedspruch gefällt

Erklärungsfrist bis Sonnabend 16 Uhr

Zur Befriedigung des Arbeitskampfes im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau hat die Schlichtungskammer nach zehntägigen Verhandlungen einen Schiedspruch gefällt, durch den der tarifliche Durchschlagslohn der Gesamtbetriebschaft im Kessener 1 vom Tage der Wiedereinnahme der Arbeit auf von 5,20 Mark auf 5,30 Mark erhöht wird. Die Lohnregelung kann erstmalig zum 31. August 1928 gefälligst werden. Die Parteien haben sich bis zum Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, über die Annahme des Schiedspruches zu erklären. Heber die Wiedereinnahme der Arbeit und die Wiedererrichtung der Arbeiter haben die Parteien vor der Schlichtungskammer eine Vereinbarung abgeschlossen.

In der Begründung des Schiedspruches hat der Schlichter ausgeführt, daß die Tariflöhne im Mitteldeutschen Braunkohlenbergbau seit dem 1. November 1926 außerordentlich gestiegen seien, während sie in anderen Bergbauarten in der gleichen Zeit eine Steigerung erfahren hätten, daß ferner die Tariflöhne anderer Berufsgruppen im mitteldeutschen Bezirk zum Teil nicht unerheblich über den bisherigen Tariflöhnen der Bergarbeiter lägen.

Die von den Tarifparteien abgeschlossene Vereinbarung hat folgenden Wortlaut:

1. Die Gewerkschaften verpflichten sich, dahin zu wirken, daß die gelegentlich der von ihnen eingeleiteten Rindigungsaktion ausgeprochenen Rindigungen zurückgenommen werden. Die Annahme zur Arbeit gilt als Zurücknahme der Rindigung.

2. Maßregelungen aus Anlaß dieser Bewilligungen finden nicht statt.

3. Der Arbeitgeberverband verpflichtet sich, bei seinen Mitgliedern dahin zu wirken, daß die Arbeiter, die gelegentlich der Rindigungsaktion ordnungsgemäß kündigt oder die Arbeit ohne Rindigung niedergelegt haben, wieder eingestellt werden, soweit sich diese Arbeiter spätestens am Dienstag, dem 23. Oktober, 3. Uhr, wieder zur Arbeit melden. Das gleiche gilt für diejenigen Arbeiter, die gelegentlich der Rindigungsaktion entlassen wurden.

4. Die Wiedereinstellung der Arbeiter bewirkt, daß das Arbeitsverhältnis nicht unterbrochen im Sinne des Tarifvertrages gilt. Abzüge für Kontrollbruch dürfen nicht gemacht werden. Soweit den Arbeitern Schenkungen gefälligst sind, werden diese Rindigungen aufgehoben. Die Parteien werden die Neuwahl von Betriebsräten nicht fordern.

Die Bestimmung bezüglich der Wiedereinstellung der Arbeiter bezieht sich auch auf die abgereisten Arbeiter, soweit sie sich bis zum 26. Oktober melden.

Dieser Schiedspruch geht wesentlich über das letzte Angebot der Arbeitgeber hinaus, das diese bei Abbruch der letzten Tarifverhandlungen gemacht hatten. Dieses letzte Arbeitsvertragsangebot sah nur eine Prozentige Erhöhung der Löhne vor, die in absoluten Pfennigen ausgedrückt etwa einem Satz von 25 bis 30 Pfennig gleichkommen würde, während die Arbeiter 80 Pfennig Zulage pro Mann und Schicht gefordert hatten. Seit werden ihnen 60 Pfennig zugestimmt. Die am heutigen Sonnabend, 13 Uhr, in Halle tagende Konferenz der Bezirkskommission hat über die Annahme des Schiedspruches zu befinden.

Schluß mit dem Wirtschaftskrieg!

Von Generaldirektor Dr. Jan Schmidt-Siedel, Mitglied der Reichsregierung der Deutschen Volkspartei.

Das Mitglied der völkertreuen Reichsregierung, Generaldirektor Schmidt, ist eben von einer Reise nach Warschau zurückgekehrt, die er zusammen mit Geheimrat Julius Wolf, dem Präsidenten der deutsch-polnischen Verhandlungskommission unternehmen hat und gibt in dem nachstehenden Artikel die Einblicke wieder, die er über die Möglichkeiten einer deutsch-polnischen Wirtschaftsvereinbarung in Warschau erhalten hat.

Warum ist nach Warschau fuhr? Weil ich als schlesischer Abgeordneter im praktischen Leben an verantwortlicher Stelle tätig bin und als Direktor Warschau ein Interesse an der Verständigung des Wirtschaftskrieges habe. Weil ich ferner schon aus der Fortschrittzeit das industriell-gesellschaftliche Leben Polens und seine Bedürfnisse kenne, das mich durch Maßnahmenlieferungen mit ihm in Verbindung brachte. Weil ich aus dem politisch-ökonomischen Blick Oberösterreichs Flamme und die politische Lage oder, wie manen glaube, die monarchischer mehr nach dem Osten eingemauerten Anleihe. Ich erregte daher jede dargebotene Möglichkeit, die beiden Vorkämpfer, die ich wirtschaftlich gut ergänzen, zu einer besseren Zusammenarbeit aufzumachen, ohne irgendeine weitere Grundpunkte, für noch der Fall der Verständigung ist, aufzugeben, daß durch die Grenzschließung im Osten seitens der Siegerstaaten Deutschland Unrecht zugefügt und schwere wirtschaftliche Fehler begangen worden sind, die früher oder später nach sich ziehen werden und die weiterer Verwicklung wieder gutzumachen oder wenigstens erhellbar zu machen sind, wenn Europa an einer friedlichen Zusammenarbeit seiner Völker in Zukunft wirklich ernstlich gelegen ist. Über das sind Sorgen, die nicht ad hoc bei der Verhandlung in Warschau, die einmal beendet werden. Private Vereinigungen, als Wirtschaftsbünde, deutsch-polnische Komitees usw., die das Ziel der Verständigung gefehlt haben, soll man daher als Volksparteier unterstützen, und ich folge ich denn der Unterstützung des Komitees, mit Herrn Wolf, Regierungsrat Prof. Dr. Julius Wolf zusammen, nach Warschau zu führen, um den Versuch von zwei polnischen Parlamentariern zu erwidern, der vor einiger Zeit in Berlin stattgefunden hatte.

Es ist niemals fählich, durch direkte Fühlungnahme mit polnischen Führern in Warschau ein Urteil über die materielle Stimmung an Ort und Stelle selbst zu bilden. Es fanden Besuche und eingehende stundenlange Ausfragen statt bei dem früheren Herrn Minister Thugutt, dem Vize-Direktor Herrn Antoni Wienawski, deren Rolle wie an zwei Stellen im Brief von einem 20 bis 24 August, 1927, an die Reichsregierung und Parlamentariern waren. Auch der deutsche Gesandte, Herr Raua und eine liebenswürdige Gattin, hatten uns an einem Abend Gelegenheit gegeben, mit einlässlichen Besprechungen über die Verhandlung zu sprechen, die wirtschaftlichen Lebens formen am Spätabend mit Vertretern der reichsdeutschen Presse zusammen zu sein. Einige Namen von Parlamentariern seien außer dem früheren Minister Thugutt und dem früheren Handelsminister Krammer genannt: Jan Döhl (Bauerpartei) und Prof. Dr. Krammer (Kommission für auswärtige Angelegenheiten), A. Goscini (Nat.-Dem.), Spaccarelli (Bauernpartei), Prager, Polner, Diamant (Soz.), Prof. Gronitz (Christl.), Lippl (Soz. der Arbeit, für Bauern), Grawert (Nat.-Dem.), Gorn, Industrie, Herr Burek usw. Ferner noch Parlamentariern Grawedzi (ehem. Präsi. von Warschau), Wienawski (Direktor der Handelsbank), Chranowski (Direktor des Agrar-Genossenschaft), Gubanski (Vize der Agrar-Genoss.), Wolf (Christl. Bauernpartei), Szumanski (ehem. Minister für Handel und Industrie), Jaconowski (Direktor des poln. Departements im Außenministerium), Lippl (Soz. der Arbeit, für Bauern) und andere mehr, deren Schrift bearbeitet die Verhandlungen mit Deutschland.

Was dürfte nun als präzisierendes Ergebnis dieser mehrtägigen Unterhaltungen zu buchen sein; denn darauf kommt es ja an. Auf beiden Seiten die Feststellung, daß die Unternehmung der Verständigung nicht nachdrücklich guter Zusammenarbeit mit Deutschland möglichem Gebiet wünsch. Die Gassen, daß nämlich Polen auch Kritik seiner Bevölkerung in der Landwirtschaft befähigt und umgeben wird zwei Drittel unserer Bevölkerung in den Städten und in der Industrie. Dem mit Deutschland beweisen allen (ohne gute Ergebnisse) möglich ist, und die Möglichkeit eines Austausch von Erzeugnissen. Für den Wiederaufbau unserer agrarischen Stelle hat man in Polen Verständnis, sagt aber, daß Deutschland die

Barter Gilberts Denkschrift

Die Reichsregierung hat gestern eingehend sich mit dem Schreiben befaßt, das der Reparationsgeheimrat Seymour Barter Gilbert an das Reichsfinanzministerium gesandt hat. Die „Vossische Zeitung“ hat über diesen Schritt des Reparationsgeheimrats, der auch im Reichstage nicht verdrängt wurde, in der gestrigen Abendausgabe berichtet. Der Brief Barter Gilberts — eigentlich eine umfangreiche Denkschrift — bezieht sich für eingehend mit der wirtschaftlichen Situation des Deutschen Reiches und mit den finanziellen Auswirkungen der letzten von der Reichsregierung eingehenden Vorschlägen. Zu diesen Vorschlägen gehören bekanntlich das Deantenteilsordnungsgebot, das Reichsdarlehensgesetz und das Liquidationsabstimmungsgebot.

Barter Gilbert gelangt zu der Schlusfolgerung, der Stand der Reichsfinanzverhältnisse die durch die genannten Gesetze für ersorgende Dauerbewirtschaftung nicht, er würde es erheblich verschlechtert werden, daß die Einführung neuer Steuern und dadurch eventuell das Schließen von Staatsrenten notwendig wäre, die nach dem Dovesgesetz für die Reparationsleistungen gegeben worden ist.

Der Brief ist im Reichsfinanzministerium erst am Mittwochabend abgegeben worden, so daß die Mitglieder des Reichskabinetts erst gestern vormittag in großen Jassen informiert werden konnten. Die „New York Times“ aber konnte die Mitteilung von dem Schreiben Gilberts und auch des Vorschlags von dem, was es enthält, am Mittwoch zu bestimmten Stunden veröffentlicht, da der Brief im Reichsfinanzministerium abgegeben wurde.

Die Mitteilung an die „New York Times“ muß aus der Umgebung des Reparationsgeheimrats kommen und von dem Wortlaut dieser Seite, eine Oberbestimmung zu verbinden. Inwieweit die Vermutung zutrifft, daß die Veröffentlichung eine gewollte Unschuldigkeit gegen den jetzigen Reichsfinanzminister ist, bleibt dahingestellt. Sein Vorgänger Dr. Reichold hat es zweifellos besser verstanden, in informellen Unterhaltungen von Herrn von Mann das Terrain zu sondieren und ein Einverständnis herbeizuführen, das den deutschen Ministern entspreche. Das aus-

gesprochen die deutschen Interessen dabei vertreten wurden, können nicht nur die Erfolge, von denen die Öffentlichkeit erst durch — es ist nur an die Verminderung der Reparationsjahresleistung um 300 Millionen erinnert — sondern vor allem die Tatsache, daß man, so lange Reichold Minister war, den Reichsminister nicht absetzen konnte.

Seitdem ist dies anders geworden. Im Mai dieses Jahres wurde zum ersten Male ein für das Deutsche Reich sehr ungünstiger Bericht des Reparationsgeheimrats veröffentlicht, im August hätte man zum ersten Male auch von einem formellen Einbruch des Reparationsgeheimrats, der sich gegen das Liquidationsabstimmungsgebot, gegen die Mobilisierung von Eisenbahnen, gegen die finanzielle Durchführung des Gesetzes richtete. Und nun kommt das unerschöpfliche Eingehen des Reparationsgeheimrats gegenüber Reichsregierung und Schlichter.

Über die Borgschuld des Schreibens Barter Gilberts hört man noch, daß der Reparationsgeheimrat in den wöchentlichen Verhandlungen mit dem Reichsfinanzministerium die Verletzung einer Leistungsbestimmung im Prinzip anerkennt hat. Meinungsverschiedenheiten gab es über die finanzielle Bedingung.

Sich aufzulösen ist, daß Minister Röhler gestern im Reichstage sich Erklärungen über sehr wichtige Fragen der Reichsfinanzverwaltung, besonders über die finanzielle finanzielle Bedingung vorbehalten hat. Im Reichstage wußte man schon seit mehreren Tagen, daß Dr. Röhler in seiner eigenen Fraktion einer solchen Kritik an seiner Vorgänger begegnet ist; die ihn bis zur Demissionserzwingung zitierte.

Die Stellungnahme des Kabinetts zu dem Brief des Reparationsgeheimrats wird noch nicht bekanntgegeben. Die fortgesetzte Prüfung der Denkschrift wird mehrere Tage in Anspruch nehmen. Der der großen politischen Bedeutung des Schreibens Barter Gilbert darf man wohl für gewis annehmen, daß die Denkschrift im Wortlaut veröffentlicht werden wird, schon um solchen Mitteilungen und einer dadurch bedingten Beunruhigung der Öffentlichkeit vorzubeugen.